

**Amtschefkonferenz  
am 13. Januar 2000  
in Berlin**

---

# **Ergebnisprotokoll**

Vorsitz:  
Ministerialdirektor Anton Adelhardt  
Bayerisches Staatsministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forst

**Amtschefkonferenz**

...

**Amtschefkonferenz  
am 13. Januar 2000  
in Berlin**

---

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss:**

Die Tagesordnung wird in der anliegenden Form genehmigt.

**Amtschefkonferenz  
am 13. Januar 2000  
in Berlin**

---

**TOP 2: Forstzertifizierung**

**Beschluss:**

Die Amtschefkonferenz nimmt die Ausführungen Bayerns zum Stand der Forstzertifizierung zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz  
am 13. Januar 2000  
in Berlin**

---

**TOP 2.2.        Auswirkungen/Schlussfolgerungen der Orkanschäden  
vom 26.12.1999 durch das Sturmtief "Lothar"**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefkonferenz nimmt die Berichte des BML und der schwerpunktmäßig betroffenen Länder zu den Orkanschäden zur Kenntnis.
  
2. Die Amtschefkonferenz stellt fest, dass das Ausmaß der Schäden in den betroffenen Regionen solidarische Maßnahmen von Bund und Ländern erfordert, um die Sturmschadensbeseitigung, die Wiederaufforstung sowie die Stabilisierung des Holzmarktes zu unterstützen.  
Die Amtschefs der Länder sprechen sich dafür aus, die als Folge der Anwendung des Forstschädenausgleichsgesetzes in den Stammländern beschäftigungslos werdenden Arbeitskräfte und Maschinen bei der Sturmschadensbeseitigung und der Wiederaufforstung im Rahmen der Erforderlichkeit einzusetzen.
  
3. Die Amtschefkonferenz spricht sich für die Anwendung der Regelungen des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes aus.
  
4. Die Amtschefs der Länder bitten die Bundesregierung, ein "Bund-Länder-Sonderprogramm Orkanschäden" mit 60-prozentiger Finanzierung durch

den Bund aufzulegen, woraus insbesondere folgende Maßnahmen im Privat- und Kommunalwald bezuschusst werden sollen:

- Sturmholzkonservierung
- Wiederaufforstung
- Wegeinstandsetzung
- Liquiditätshilfen für Forstbetriebe
- Forstschutz (Maßnahmen zur Verhinderung des Borkenkäferbefalls).
- Förderung der Umsetzung von Arbeitskräften aus nicht von Sturmschäden betroffenen Gebieten in die Schadensgebiete.

Sie bitten die Bundesregierung, auf eine Mitfinanzierung durch die EU hinzu wirken.

5. Die Amtschefs der Länder bitten die Bundesregierung, über die im Forstschäden-Ausgleichsgesetz vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen hinausgehende steuerliche Erleichterungen für Forstbetriebe zu prüfen.

6. Zur Sicherung der Transportkapazitäten zur Abfuhr des Sturmholzes hält die Amtschefkonferenz folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichtes für LKW von derzeit 40 to auf bis zu 46 to
- Ausnahmegenehmigung von der Ferienreiseverordnung auf bestimmten Strecken
- Aufhebung des Sonn- und Feiertagsfahrverbotes
- Genehmigungen von Ferntransporten für im Nahverkehr zugelassene Fahrzeuge
- Zulassung von Holztransportunternehmern aus jeweils anderen Bundesländern und dem Ausland.

**Begründung:**

Das Sturmtief "Lothar" vom 26.12.1999 hat in den Wäldern von Baden-Württemberg, dem östlichen Teil Frankreichs (Lothringen und Elsass), der Schweiz, Bayerns, Rheinland-Pfalz, Österreichs und Hessens Windwürfen in zum Teil bisher nicht bekanntem Ausmaß verursacht. In der nachfolgenden Aufstellung ist das bisher von den jeweiligen Forstverwaltungen ermittelte Schadensausmaß in Millionen Festmeter (Mio. Fm) dargestellt:

	<b>Bisher bekanntes Schadensausmaß in Mio. Fm (Stand 7.1.2000)</b>
Baden-Württemberg	25
Frankreich	90
Schweiz	10
Bayern	3
Rheinland-Pfalz	1
Österreich	1
Insgesamt	rd. 130

Zu diesen Schadhohlmengen sind weitere 12 Mio. Fm hinzuzurechnen, die durch die Stürme Anfang/Mitte Dezember in Dänemark und Schweden entstanden sind.

Durch "Lothar" ist eine Naturkatastrophe von überregionaler Bedeutung eingetreten, die mit schweren Vermögensverlusten verbunden ist und die dringend die Hilfe der Bundesregierung erfordert.

Das Land Baden-Württemberg wurde zum zweiten Mal innerhalb von 10 Jahren von einer äußerst schweren Sturmwurfkatastrophe heimgesucht, deren Ausmaß das von 1990 ("Vivian" und "Wiebke") um rund 10 Millionen Festmeter übertrifft.

Nach den bisherigen Schadenserhebungen der Landesforstverwaltung sind alle Waldgebiete des Landes (knapp 1,4 Millionen Hektar) betroffen. Voraussichtlich sind 30.000 bis 40.000 Hektar Kahlfächen entstanden.

Die kommunalen und privaten Forstbetriebe sind bei der Bewältigung dieser Katastrophe überfordert. Bereits heute ist erkennbar, dass viele private Forstbetriebe in ihrer Existenz bedroht sind, da mit der Zerstörung der Hofwälder insbesondere im Schwarzwald den Betrieben die wirtschaftliche Basis entzogen wurde. Der Wert des Schadholzes ist durch Windeinwirkung und Bruch stark vermindert, die Aufarbeitungskosten sind dagegen drastisch erhöht. Eine erste Schätzung des Vermögensschadens beläuft sich in Baden-Württemberg auf rund 1,5 Milliarden DM mit steigender Tendenz. Hierin sind noch nicht enthalten:

- Wertzuwachsverluste durch vorzeitige Nutzung nicht hiebsreifer Bestände
- Folgeschäden an verbleibenden Beständen (Käfer, Sturm)
- Zinskosten zur Vorfinanzierung der Holzernte
- Mehrkosten für die notwendige Weginstandsetzung
- Mehrkosten für zukünftige Pflegemaßnahmen

Bei der für Baden-Württemberg weniger schwerwiegenden Sturmkatastrophe der 90er Jahre haben Bund und Länder ein sechsjähriges Hilfsprogramm zur Beseitigung der Orkanshäden in den Wäldern aufgelegt; das Gesamtvolumen für Baden-Württemberg betrug rund 150 Mio. DM.

Mit diesem Programm wurden privaten Forstbetrieben Soforthilfen in Form von Entrindungs-, Zwischentransport- und Nasslagerprämien gewährt als Beitrag zu den Aufarbeitungskosten und zur Risikominimierung im Hinblick auf eine drohende Borkenkäferkalamität. Ferner wurden zinsverbilligte Kapitalmarktdarlehen ausgereicht zur Vermeidung von Liquiditätsschwierigkeiten infolge erhöhtem Holzernaufwand bei ausbleibenden Holzerlösen.

Außerdem wurde der Wiederaufbau standortgerechter Mischwälder im Privat- und Kommunalwald unterstützt. Da dieses sogenannte Bund-Länder-Programm jedoch nicht ausreichend war, wurden im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zusätzlich rund 55 Mio. DM für den Bau von Holzberegnungsanlagen und für Wiederaufforstungen eingebracht.

Vor dem Hintergrund des in Baden-Württemberg wesentlich größeren Schadensumfangs durch das Orkantief "Lothar" müssen den betroffenen Forstbetrieben solche Hilfen wiederum angeboten werden.



**Amtschefkonferenz  
am 13. Januar 2000  
in Berlin**

---

**TOP 3: Gemeinsame AMK/UMK**

**Beschluss:**

Die Amtschefkonferenz nimmt die Ausführungen Bayerns zum Stand der gemeinsamen AMK/UMK zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz  
am 13. Januar 2000  
in Berlin**

---

**TOP 4: Sanktionen/Kontrollen/Anlastungen**

**Beschluss:**

Die Amtschefkonferenz nimmt das Ergebnis der Diskussion mit dem Vertreter der Kommission zum Anlass, die AMK mit dieser Problematik zu befassen.

Außerdem ist das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in der Anlastungsfrage zu behandeln.

Dazu wird ein grundsätzliches Papier durch das Vorsitzland Bayern in Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hessen und dem BML erarbeitet.